

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Katherina Reiche, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 40 / 2013 (11. Oktober 2013)

Inhaltsverzeichnis:

- 1.** Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
- 2.** Rückzug aus Afghanistan
- 3.** Hilfgelder für Hochwasseropfer aus dem EU-Solidaritätsfonds bewilligt
- 4.** Neue Dauerausstellung in Hohenschönhausen
- 5.** Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in dieser Woche haben wir in der Fraktion Prof. Dr. Norbert Lammert einstimmig für das Amt des Bundestagspräsidenten in der 18. Legislaturperiode vorgeschlagen. Prof. Dr. Norbert Lammert übt dieses Amt bereits seit 2005 sehr erfolgreich aus. Von Seiten der CSU wurde unser Kollege Johannes Singhammer einstimmig für das Amt des Vizepräsidenten vorgeschlagen. Die Wahlen finden am 22.10.2013 im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages statt.

Auch in diesem Jahr können wir einen annähernd ausgeglichenen Maastricht-Finanzierungssaldo an die EU-Kommission übermitteln. Das Bundesfinanzministerium erwartet in diesem Jahr für den Staat insgesamt, also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung inkl. ihrer jeweiligen Extrahaushalte, einen annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von -0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Besonders erfreulich ist, dass wir strukturell, also unter Herausrechnung konjunktureller Effekte, zum zweiten Mal in Folge einen Überschuss aufweisen können, wobei hervorzuheben ist, dass bei allen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) Verbesserungen zu verzeichnen sind. Damit sind Einnahmen und Ausgaben des Staates im Einklang.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Rückzug aus Afghanistan

Ein weiterer Schritt auf dem Weg, die Sicherheit im eigenen Land zu verantworten, ist getan. Das Feldlager in Kundus wird jetzt von afghanischen Sicherheitskräften geleitet. Zehn Jahre stand es unter deutscher Führung. Damit schreitet auch der Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan voran.

Feierlich übergaben Bundesaußenminister Guido Westerwelle und Verteidigungsminister Thomas de Maizière das Feldlager in Kundus an die afghanische Regierung. Westerwelle betonte, die Übergabe des Feldlagers sei ein Meilenstein im Prozess der Rückverlegung deutscher Truppen aus Afghanistan.

Eine Bilanz des Einsatzes könne erst in einigen Jahren gezogen werden, so Verteidigungsminister de Maizière. Die Lage im Norden sei halbwegs stabil. Dennoch sei die Sicherheitslage nicht so gut wie erhofft, erklärte der Minister. Sicherheit kann es nur geben, wenn auch politische und wirtschaftliche Fortschritte gemacht werden.

Bis Ende 2014 sollen alle Kampftruppen Afghanistan verlassen haben. Dies wurde dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai auf dem NATO-Gipfel im November 2010 von den Bündnispartnern zugesagt. Dann müssen eigene Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen, die zur Zeit aufgebaut werden.

Außenminister Westerwelle in Kundus: "Da sind wir im Plan." Entscheidend aber sei die politische Lösung. Ohne einen Ausgleich in Afghanistan, ohne einen Versöhnungsprozess werden wir keinen nachhaltigen Frieden und keine nachhaltige Stabilität sehen, so der Minister.

Ab Ende 2014 sollen dann afghanische Kräfte die Sicherheit im Land verantworten - mit Unterstützung Deutschlands. Denn etwa 600 bis 800 Soldaten in Nordafghanistan und Kabul wollen afghanischen Sicherheitskräfte weiterhin ausbilden und beraten.

Aber auch in anderen Bereichen wird Deutschland Afghanistan nicht alleine lassen. Denn das Land muss die Korruption bekämpfen und Wirtschaftsreformen durchführen. Entwicklungszusammenarbeit will daher mithelfen, die Lebensgrundlagen für die afghanische Bevölkerung zu verbessern und die Fähigkeiten zur Regierungsführung zu stärken.

3. **Hilfsgelder für Hochwasseropfer aus dem EU-Solidaritätsfonds bewilligt**

Die EU-Kommission stellt Deutschland 360 Millionen Euro für die Beseitigung der Hochwasserschäden bereit. Auch Österreich und die Tschechische Republik erhalten Gelder aus dem Europäischen Solidaritätsfonds. Wie die Europäische Kommission mitteilte, erhält Deutschland nach den schweren Überschwemmungen im späten Frühjahr 360 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Österreich und die Tschechische Republik erhalten 21,6 Millionen Euro beziehungsweise 15,9 Millionen Euro. Mit dem Geld soll die Infrastruktur in den betroffenen Gebieten wieder aufgebaut werden. Kosten für Nothilfemaßnahmen und Rettungsaktionen werden erstattet sowie ein Teil der Kosten für Aufräumarbeiten übernommen.

Die im Rahmen des Europäischen Solidaritätsfonds bereitzustellende Unterstützung muss noch vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat gebilligt werden. Nach Überschwemmungen, Erdbeben und anderen Naturkatastrophen will die EU-Kommission künftig die betroffenen Regionen noch schneller und einfacher unterstützen. Dazu ist eine Reform des Solidaritätsfonds der Europäischen Union geplant. Die Reformvorschläge sehen vor, dass Hilfen schneller als bisher ausgezahlt werden. Der Anwendungsbereich des EU-Solidaritätsfonds (EUSF) wird klarer definiert und auf Naturkatastrophen und Dürre-Vorkehrungen beschränkt.

Zudem gibt es zum ersten Mal die Möglichkeit von Vorschusszahlungen in Höhe von zehn Prozent der zu erwartenden Finanzhilfen, gedeckelt bei 30 Millionen Euro. Es wird klarer festgelegt, wer und was förderfähig ist. Definiert wird ein einheitlicher Schadensschwellenwert von 1,5 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts. Die Grundsätze des Fonds und seine Finanzierungsmethode bleiben unverändert. Der Vorschlag zur Änderung der EUSF-Verordnung muss nun im Europäischen Parlament und im Rat beraten und verabschiedet werden.

Den **EU-Solidaritätsfonds** gibt es seit 2002. Seitdem haben 23 Länder daraus Unterstützung in Höhe von mehr als 3,2 Milliarden Euro erhalten. Mittel wurden bereit gestellt für Nothilfemaßnahmen zur Schadensbeseitigung von Erdbeben, Waldbränden, Dürren, Stürmen und Überschwemmungen.

Deutschland erhielt nach der Flut 2002 und dem Sturm Kyrill mehr als 610 Millionen Euro.

Hintergrund:

Die Europäische Union verfügt neben dem EU-Solidaritätsfonds über weitere Finanzierungsinstrumente.

Die EU-Regionalpolitik wird über drei wichtige Fonds finanziert:

- den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- den Europäischen Sozialfonds (ESF) und
- die Kohäsionsfonds.
-

Seit 2007 gibt es die Sonderfonds zur technischen Unterstützung (Jaspers & Jasmine), für Mikrofinanzierungen (Jeremie) sowie für die Stadtentwicklung (Jessica).

Für Hilfen für EU-Beitrittskandidaten und potenzielle Anwärtstaaten gibt es den IPA-Fonds - ein Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt.

4. **Neue Dauerausstellung in Hohenschönhausen**

In Berlin-Hohenschönhausen befand sich das zentrale Untersuchungsgefängnis der Stasi. Zwischen 1951 und 1989 waren hier mehr als 40.000 Menschen inhaftiert. Eine Ausstellung dokumentiert die Geschichte dieses Ortes und erinnert an die Schicksale der Opfer.

Seit 1994 können sich Besucherinnen und Besucher in der Gedenkstätte Hohenschönhausen ein Bild von den Auswirkungen politischer Verfolgung in der DDR machen. Im Rahmen von Führungen sind die im Originalzustand belassenen Zellen des Untersuchungsgefängnisses und die Verhörräume zugänglich. Sie lassen erahnen, welche Leiden die unerträglichen Haftbedingungen, Folter und Gewalt für die Inhaftierten bedeuteten.

Ein Angebot, das jedes Jahr Besucherinnen und Besucher aus aller Welt wahrnehmen. Im Jahr 2012 verzeichnete die Gedenkstätte über 350.000 interessierte Gäste. Nach dem Umbau einiger Gebäude kann die Gedenkstätte nun auch eine Dauerausstellung präsentieren.

Im Mittelpunkt der neuen Präsentation stehen die Erfahrungen der Häftlinge. Anhand von Fotos, Filmen sowie Dokumenten und anderen Exponaten erzählt die Ausstellung unter dem Titel "Gefangen in Hohenschönhausen" die Geschichte der Opfer. Ein eigener Bereich informiert über die Arbeits- und Lebenswelt der Stasi-Mitarbeiter, die in Höhenschönhausen arbeiteten. Zum ersten Mal werden auch die Büros der früheren Gefängnisleitung gezeigt.

Die Ausstellung biete Besucherinnen und Besuchern erstmals die Möglichkeit, sich über die sachkundige Führung durch die früheren Zellentrakte hinaus vertieft mit der Geschichte dieses Haftortes auseinanderzusetzen, erklärte Kulturstaatsminister Bernd Neumann vor der Eröffnung. Neumann unterstrich dabei auch die Bedeutung authentischer Orte für Aufarbeitung und Gedenken. Es bleibe ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung solche Orte als Mahnung für die Zukunft und als Ort der historischen Auseinandersetzung zu erhalten, sagte er.

Mit der Eröffnung der neuen Ausstellung ist der 2011 begonnene Umbau der Gedenkstätte abgeschlossen. Für das gesamte Projekt stellten Bund und Land Berlin über 16 Millionen Euro bereit. Bei laufendem Betrieb entstanden neben dem Ausstellungsbereich ein Besucherzentrum mit Seminar- und Servicräumen. Mehr Platz hat nun auch die Bibliothek mit ihren rund 8.000 Bänden.

In Berlin-Hohenschönhausen entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein sowjetisches Speziallager, in dem Hunderte Gefangene ums Leben kamen. Anschließend baute die sowjetische Geheimpolizei dort das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis für Ostdeutschland. Später übernahm das Ministerium für Staatssicherheit der DDR das Gefängnis.

Zwischen 1951 und 1989 waren hier Tausende politisch Verfolgte unter unerträglichen Bedingungen inhaftiert. Mit der Wiedervereinigung wurde das Gefängnis geschlossen und 1994 zur Gedenkstätte erklärt. Da große Teile der Gebäude und ihrer Einrichtung im Originalzustand erhalten sind, vermittelt der Komplex auch heute noch ein authentisches Bild der brutalen Haftbedingungen. Die Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen wird in diesem Jahr mit 750.000 Euro aus dem Etat des Kulturstaatsministers institutionell gefördert. Zusätzlich werden weitere Projekte wie das "Koordinierende Zeitzeugenbüro" unterstützt.

5. Kurz notiert

5.1. Öffentlicher Personennahverkehr: Plätze im Schnitt zu 22 % ausgelastet

Die durchschnittliche Platzausnutzung der Fahrzeuge im gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) lag in Deutschland im Jahr 2012 bei 22 %. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, lag dieser Wert für Eisenbahnen und S-Bahnen bei 25 %, für Straßenbahnen (einschließlich Stadt- und U-Bahnen) bei 18 % und für Linienbusse bei 21 %.

Der Auslastungsgrad der Sitz- und Stehplätze errechnet sich aus der Relation der tatsächlichen Beförderungsleistung (ÖPNV 2012: 107 Milliarden Personenkilometer) zum möglichen Beförderungsangebot (ÖPNV 2012: 479 Milliarden Platzkilometer).

5.2. Kartoffelernte 2013 liegt weit unter dem mehrjährigen Durchschnitt

Die Ernteerträge bei Kartoffeln sind in diesem Jahr deutlich unterdurchschnittlich ausgefallen. Dies ist das Ergebnis der Besonderen Ernte und Qualitätsermittlung, das der Sachverständigenausschuss von Bund und Ländern festgestellt hat. Demnach liegt die Kartoffelernte 2013 bei gut 9,2 Millionen Tonnen. Das sind 13,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Der mehrjährige Durchschnitt wird sogar um 17,7 Prozent verfehlt. Positiver ist dagegen der kurzfristige Trend bei den Anbauflächen. So wurde der Rücklauf in diesem Jahr seit längerem erstmals gebrochen, die Anbaufläche konnte leicht erweitert werden. Kartoffeln wurden auf rund 241.200 Hektar angebaut. Dies entspricht einem Anstieg der Fläche von ca. 1,2 Prozent gegenüber 2012. Gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt (2007 bis 2012) ergibt sich für Deutschland jedoch ein Flächenminus von 6,6 Prozent. Einzig Nordrhein-Westfalen verzeichnete im langjährigen Vergleich einen leichten Zuwachs der Anbaufläche von 2,2 Prozent. Der Anteil der Speisekartoffelfläche lag nahezu unverändert bei ca. 40 Prozent (rund 97.800 ha).

Ein Grund für die schlechte Ernte war die kühle, nasskalte Witterung. Sie sorgte in der Pflanzzeit für Verzögerungen. So konnten Flächen teils nicht befahren werden, was regional die Legearbeiten um bis zu vier Wochen verzögerte. Die anhaltende Hitzeperiode im Juli sorgte dagegen für eine starke Erwärmung der Kartoffeldämme, die teilweise aufbrachen, so dass junge Knollen in der Sonne verbrannten. Örtlich sorgten Starkregen und Hagel für erschwerte Bedingungen.

Niedersachsen ist mit 101.500 Hektar weiterhin das Land mit der größten Anbaufläche, gefolgt von Bayern (43.700 ha) und Nordrhein-Westfalen (31.200 ha). In Niedersachsen wurden 2013 mit 4,19 Millionen Tonnen (- 12,7 Prozent gegenüber 2012) fast 46 Prozent der deutschen Kartoffeln geerntet. Dahinter folgen mit einigem Abstand Nordrhein-Westfalen mit 1,42 Millionen Tonnen (+ 7,0 Prozent gegenüber 2012) und Bayern mit 1,35 Millionen Tonnen (- 27,4 Prozent gegenüber 2012).

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent